

7. Leistungsmotion von Karin Bétrisey, Cornelia Zecchin, Barbara Dätwyler Weber und Roland A. Huber vom 20. November 2019 "Nulltoleranz bei Mobbing an Thurgauer Schulen" (16/LM 2/435)

Stellungnahme

Präsident: Die Stellungnahme des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort haben zuerst die Motionäre.

Diskussion

Bétrisey, GP: "Stirb!", "Bring Dich um!", "Du bist ekelhaft!": Solche Worte werden jeden Tag an Thurgauer Schulen ausgesprochen. Ich hoffe, dass weder Ihre Kinder noch Ihre Paten- oder Enkelkinder so etwas erleben müssen. Gründe gibt es unzählige: Das Kind ist zu gross, zu klein, zu dick, zu dünn, zu intelligent, zu blöd, zu vorlaut, zu schüchtern. Der gegenseitige Respekt sinkt und das Anerkennen von Vielseitigkeit fehlt. Aber der Regierungsrat sieht keinen Handlungsbedarf; er prüft die Optimierung von bestehenden Massnahmen. Was, wenn es - wie in der Hälfte der Thurgauer Schulen - noch überhaupt keine Massnahmen gibt? Oder keine, die greifen? Die neue PISA-Studie, die Ende November 2019 veröffentlicht wurde, besagt, dass nirgends in Europa so viele Schüler gemobbt werden wie in der Schweiz; die Anzahl körperlicher Übergriffe hat sich verdoppelt. Der Thurgau ist sicher keine Ausnahme, dafür sind mir zu viele Fälle bekannt bzw. zuge-
tragen worden. Durchschnittlich wird mindestens ein Kind pro Klasse gehänselt, drangsaliert und bedroht und das über Monate hinweg. Die Medien berichteten seit Einreichung unserer Leistungsmotion von diversen Mobbing-Fällen in unserem Kanton, unter anderem in Frauenfeld und Aadorf. Das Thema ist sehr aktuell und die bestehenden Mittel sind offensichtlich nicht ausreichend. Aufmerksame Lehrpersonen entdecken solche Zwischenfälle und sprechen sie an, andere bemerken sie nicht oder sehen sich nicht in der Lage einzugreifen. Die Reaktion von Eltern ist zu Beginn oft ähnlich: Das Kind soll Probleme selber regeln, sich wehren und notfalls die Fäuste einsetzen. Was, wenn ein Kind dazu nicht in der Lage ist? Viele Eltern sehen sich gezwungen, tatenlos zuzusehen oder nehmen die Kinder aus der Schule und platzieren diese - falls die finanziellen Mittel ausreichen - in einer Privatschule. Scheidet das Opfer aus einer Klasse aus, wird es jedoch meistens durch einen neuen Sündenbock ersetzt; das Problem besteht also weiter. Nicht mal die Hälfte, nämlich nur gerade 38 von 87 Schulgemeinden haben Schulsozialarbeiter, die ein Vertrauensverhältnis zu den Schülern aufbauen können und solche Situationen eher bemerken. Leider sind diese meist der Schulleitung unterstellt, stehen also in einem Abhängigkeitsverhältnis und können zwischen die Fronten von Schule und Kindern geraten. Der Verein Schulsozialarbeit Thurgau sieht dringenden Handlungsbe-

darf und hofft, dass die Motion erheblich erklärt wird. Für Eltern gibt es keine Anlaufstelle, falls Lehrpersonen nicht handeln, und Kindern ist es nicht klar, dass Hänkeln und Mobbing nicht toleriert wird. Was nützt es, wenn der Regierungsrat meint, Nulltoleranz herrsche schon heute, aber niemand weiss es? Deshalb fordern wir eine breit angelegte Präventionskampagne zum Thema Nulltoleranz bei Mobbing an Thurgauer Schulen. Ich mag nicht darüber debattieren, wo Hänkeln aufhört und Mobbing anfängt; es geht um eine Haltung zu diesem Thema, die für alle verständlich ist. Die Mitglieder des Grossen Rates haben das Schreiben von PräVita erhalten, einem Verein, der aus einer rein ehrenamtlichen Hilfeleistung für Lehrpersonen entstanden ist und heute eine Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Volksschule hat, welches diese Fachstelle unterstützt. Das Stellenpensum beträgt nur gerade 30 Prozent; die Nachfrage kann nicht einmal ansatzweise bewältigt werden. Auch der Verein PräVita sieht dringenden Handlungsbedarf, insbesondere für eine Koordinationsstelle aller Angebote, und hofft, dass diese Motion erheblich erklärt wird. Auch wenn der Regierungsrat diverse Fachstellen aufzählt, ist es nicht schönzureden, dass ein heilloses Durcheinander an Angeboten herrscht und sogar involvierte Fachleute keinen Überblick haben, wer was macht und welche Angebote kostenpflichtig sind. Ein politischer Auftrag zur Prävention fehlt komplett. Wie mir eine frisch diplomierte Lehrperson aus Weinfelden berichtet hat, war Mobbing während des gesamten Ausbildungsganges an der Pädagogischen Hochschule Thurgau (PHTG) kein Thema. Das Weiterbildungsangebot zum Thema Mobbing an der Pädagogischen Hochschule Thurgau (PHTG) wurde wegen zu geringer Teilnehmerzahl nicht durchgeführt. Wenn die Regierung schreibt, Mobbing sei ein fester Teil der Ausbildung, ist das leider nur ein Wunschdenken, das in der Praxis nicht umgesetzt wird. Soll die Polizei ein kollegiales Vertrauensverhältnis zu Schülern aufbauen, um Ansprechpartner bei Problemen zu werden? Das ist nicht Aufgabe der Polizei. Es erscheint geradezu grotesk, dass die Koordinationsstelle für die verschiedenen Angebote nicht im DEK, sondern in einem anderen Departement angesiedelt werden soll. Dass die Polizei präventiv wirken und aufklären kann, was Delikte sind, ist zweckmässig. Was darüber hinausginge, wäre hingegen völlig verfehlt. Wie uns sämtliche Fachstellen und Spezialisten glaubhaft erklärt haben, braucht es diese Motion, damit endlich eine Koordination geschaffen wird und ein Auftrag zur Prävention besteht. Das generiert keine zusätzlichen Kosten. Das Instrument Leistungsmotion ist hochgradig unbeliebt. Als Motionäre mussten wir eine ganze Seite lang eine Abhandlung lesen, die attestiert, dass dieser Vorstoss formell zulässig sein. Wir haben fünf konkrete Massnahmen gefordert, aber zu keiner einzigen eine Stellungnahme des Regierungsrates erhalten. Dies, obwohl es konkrete Vorschläge waren: 1. Intensivierung der Prävention, 2. Einführung einer Unterrichtseinheit zum Thema Mobbing, 3. Bereitstellung von Ressourcen zur Unterstützung der Schulsozialarbeit, 4. Bezeichnung einer Stelle, an die sich Eltern und Opfer wenden können, wenn nicht gehandelt wird und 5. Aufnahme des Themas Mobbing als fester Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Untersuchungen haben gezeigt, dass 80 Prozent der Lehrpersonen

nicht realisieren, wenn Mobbing vonstattengeht. Von den 20 Prozent, die es realisieren, greift nur ein Fünftel ein. Gründe für das Nichteingreifen können folgende sein: Unterschätzen der Notsituation, nicht wissen, wie geholfen werden kann oder dem Kind eine Mitschuld geben. Die Dynamik ist gross. Nicht nur das Opferkind leidet, sondern - allerdings Jahre später - auch das Täterkind, wie auch unzählige Mitschülerinnen und Mitschüler, die das Treiben mitbekommen, sich aber nicht auf eine Seite schlagen mögen und damit zu Mittätern werden, was sie wiederum selbst belastet. Es gibt keinen Ausweg aus dem Mobbing ohne die Hilfe von Erwachsenen. Kinder sind persönlichen Angriffen meist hilflos ausgesetzt, fressen Probleme erst lange in sich hinein, bis sie sich getrauen, sich zu öffnen. Die Situation ist meist schon schlimm, wenn sie angesprochen wird. Was muss wohl in einem Kind vorgehen, wenn es sich getraut hat, das Problem anzusprechen, aber dann nichts passiert und der Horror einfach weitergeht? Viele leiden ein Leben lang unter einem Trauma, mangelnder Selbstakzeptanz oder Versagensängsten. Wir haben heute die Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen, etwas zu unternehmen, damit tägliches Leid eingeschränkt oder gestoppt wird, oder gar nicht erst auftritt, weil es dank Prävention im Keim erstickt wird. Jedes Kind hat ein Recht auf Gleichbehandlung. Die Kinder von kleinen Schulgemeinden sind gerade im Bereich der Prävention stark benachteiligt. Das widerspricht dem Grundrecht, das allen Kindern Chancengleichheit einräumt. Die Grünen unterstützen diese Motion einstimmig.

Meyer, GLP: Ich verlese das Votum meines Ratskollegen Reto Ammann. "Nulltoleranz bei Mobbing: Das ist eine Selbstverständlichkeit für alle, die sich an Gesetze halten. Mobbing ist ein Straftatbestand wie Drohung, Nötigung oder Erpressung. Grenzverletzungen kommen vor; eine Grenzverletzung ist aber noch kein Mobbing. Grenzverletzungen sind, ob man will oder nicht, normale Lernfelder, bei Heranwachsenden üblich, ja sogar wichtig, um die oft noch nicht gefestigte, eigene Persönlichkeit zu finden, dies leider oft zu Lasten Dritter. Das Erkennen dieser Grenzverletzungen braucht Beziehung. Beziehung entsteht aus Nähe und nicht aus dem Einbezug von Experten. Was hier gefordert wird, erinnert mich an den 7G-Unterricht: Die Gleichaltrigen sollen zur gleichen Zeit bei der gleichen Lehrkraft auf die gleiche Art und Weise im gleichen Tempo die gleichen Lerninhalte mit den gleichen Lernzielen gleich gut erreichen. Das ist vielleicht noch nicht überall ganz überwunden, aber klar ein Auslaufmodell. Diese Leistungsmotion versucht Nulltoleranz irgendwie mit einem 7G-Ansatz zu erreichen. Dieses Giesskannenmodell ist abzulehnen; es ist völlig unnötig und systemerschwerend. Kurz zu den Forderungen: 1. Forderung: Mobbing Unterrichtseinheiten für alle. Mir fallen einige ebenso dringliche Unterrichtseinheiten ein. Es gibt leider viele, wichtige Themen, welche mir in den Sinn kommen: Beispielsweise Suizidgefahr, Sexting oder sexuelle Neigungen, Religion, die gemäss ein paar Kantonsräten auch mehr gefordert und gefördert werden sollte, der Umgang mit Geld, die Verschuldung, der Umgang mit der Natur, Kreislauf- und Wirtschaftsdenken, der Umgang mit den eigenen Daten - Stichwort digitaler Zwilling,

Selbstvermarktung im Netz. Und dann auch noch mehr Coding (Programmieren) und mehr Staatskunde: Für alle alles? Nein, es bräuchte hier ein Umdenken in Richtung personalisiertes Lernen. Das System droht zu ersticken. Nebenbei: Eine wache Lehrkraft wartet fast auf gewisse Grenzverletzungen und thematisiert diese direkt. 2. Forderung: Die Bereitstellung von Ressourcen zur professionellen Unterstützung der Schulsozialarbeit. Kann das die Lösung sein? Quasi ein neues professionelles Hilffssystem für ein bereits bestehendes Hilffssystem? Das zeugt nicht von Vertrauen in die Schulsozialarbeit, aber auch nicht in den Lehrkörper. 3. Forderung: Eine Anlaufstelle für Eltern und Opfer. Hier wird das Argument gleich mit einem zugestellten Schreiben abgeschwächt. Aus Sicht der Fachstelle für Gewaltprävention wäre eine Koordinationsstelle angedacht, um den offenbar vorhandenen "Wildwuchs der vielen Angebote" zu koordinieren. Das heisst für Eltern und Opfer sind bereits viele, auch staatlich unterstützte Anlaufstellen vorhanden, so viele gar, dass eine weitere Koordination gefordert wird. Ich sehe hier die Aufgabe des Staates mehr in der Überprüfung des Bisherigen. Eine weitere Forderung der Motionäre - die Sensibilisierung der Lehrpersonen - ist gut, aber dazu auch eine Bemerkung: Das Thema Mobbing sollte in die Ausbildung und weniger in die Weiterbildung einbezogen werden. In der Ausbildung an der PHTG macht das Sinn und hilft gezielt, da die vielen Junglehrkräfte geschult werden können. Hier gilt es, sich auch einmal ernsthaft Gedanken zu machen, welches die Aufnahmekriterien in die PHTG sind: Vor allem Fächernoten oder andere Skills? Denn, wer kein Sensorium für dieses Thema hat, wird es auch nicht mehr gross lernen und dann ist die Weiterbildung zu nichts nütze. Im Grunde ist diese Forderung fast eine Beleidigung der Lehrkräfte. Für eine Leistungsmotion ist dieser eine Punkt aber deutlich zu wenig. Es gilt auch hier, was sich langsam hoffentlich auch im Bildungswesen durchsetzt: nicht allen das Gleiche, sondern jedem das Seine; keine Kollektivanwendungen und keine neuen flächendeckenden Massnahmen. Die Leistungsmotion ist abzulehnen". Die GLP-Fraktion macht dies einstimmig und dankt der Regierung für die Ablehnungsempfehlung."

Frischknecht, EDU: Zuallererst möchten wir dem Regierungsrat für die sehr gute, umsichtige, ausführliche und detaillierte Beantwortung der vorliegenden Leistungsmotion danken. "Nulltoleranz bei Mobbing an Thurgauer Schulen", so heisst die Leistungsmotion. Wer will denn das eigentlich nicht? Diese Leistungsmotion liesse sich auch gut als Initiative verwenden. Es wäre relativ einfach, die nötigen 4'000 Unterschriften zu besorgen. Die Motion hat das nötige emotionale Potenzial, und vermutlich hätten mehr als die erwähnten 35 Prozent der Erwachsenen das Gefühl, sie wären selber einmal Opfer von Mobbing gewesen. Doch geht es beim Thema Mobbing nicht einfach um eine erfahrene Ablehnung, Ausgrenzung, Verletzung oder Diskriminierung, sondern um eine mehrfache, systematische, psychische und/oder physische Gewalt einer Gruppe gegenüber einem Opfer. Diese kommt glücklicherweise viel seltener als das Erstgenannte vor, fühlt sich aber ebenfalls schlecht an. Echtes Mobbing ist nicht einfach ein Schneeball, der einem

ungerechtfertigter Weise angeworfen wird; es lässt sich eher mit einer Lawine vergleichen, von der man weder das Ausmass noch den Ausgang genau kennt. Zuweilen kann Mobbing, wie der "Fall Céline" gezeigt hat, sogar mit Suizid enden. Als ich vor etwa drei-viertel Jahren angefragt wurde, ob ich auch bei dieser Motion mitmachen würde, wollte ich mich zuerst informieren, was denn bei effektivem Mobbing bereits für Angebote vorhanden sind - auch wegen meines Wissens um gefühltes oder tatsächliches Mobbing. Ich stellte fest, dass neben der beschriebenen Kaskaden-Ordnung in der Schule, welche ich in abgeänderter Form auch von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde her kenne, bereits ein breites Angebot besteht und vieles gegen Mobbing an der Schule unternommen wird. Klar ist, dass man immer noch mehr oder es noch besser machen kann, aber die effektiven Fallzahlen lassen keinen Notstand erkennen, und die geforderte Nulltoleranz sollte eigentlich in der DNA einer jeden an der Schule tätigen Person vorhanden sein. Eines ist auch klar: Mobbing lässt sich auch mit der besten Prävention nicht verhindern, sondern ist eine schlechte Ausübung der Macht, bei der wir ja als Politiker auch unsere niederschweligen Grenzerfahrungen sammeln. Beim Schreiben der Fachstelle PräviTa, das ja an alle Parlamentarier ging, heisst es, dass es eine Vielzahl an Angeboten verschiedenster Fachstellen gebe und ihnen eine Zusammenarbeit ein Anliegen sei. Da habe ich mich schon gefragt, ob das ein Bekenntnis sei, dass sie nur Fachstellen für Gewaltprävention, aber nicht für Koordination sind. Wieso sitzen diese Leute der unterschiedlichen Angebote nicht an einen Tisch und gestalten zum Beispiel eine gemeinsame Broschüre? Wo ist die Eigeninitiative? Eigeninitiative ist doch kein Straftatbestand. Oder kann das wirklich nur der Kanton machen? Hier gäbe es tatsächlich noch Verbesserungspotenzial. Was uns von der EDU beim Thema Mobbing wichtig zu erwähnen scheint, ist die Tatsache, dass sich die betroffenen Schüler zwar meist aus der Schule kennen, aber die eigentlichen Mobbing-Aktionen meistens ausserhalb der Schule stattfinden. Da sind die Eltern in der Pflicht und können ihre Erziehungs-, Begleitungs- und Verantwortungsaufgaben nicht einfach an die Schule delegieren. Uns lässt auch die Aussage auf Seite 2 der Leistungsmotion aufhorchen. Dort heisst es: "Die meisten Eltern waren sich nicht bewusst, dass ihr Kind gemobbt worden war." Die allerbeste Prävention ist und bleibt ein aufmerksames und fürsorgliches Elternhaus. Aufgrund der geschilderten Gründe ist die EDU-Fraktion einstimmig für Nichterheblicherklärung.

Ricklin, SVP: Die Motionäre fordern in ihrer Leistungsmotion fünf Massnahmen mit dem Ziel, ein System der Nulltoleranz bei Mobbing an Thurgauer Schulen zu etablieren. Nulltoleranz gilt meines Wissens schon heute, denn ich kenne keine Lehrperson oder eine Schulleitung, die sagt, ein bisschen tolerant müsse man bei Mobbing schon sein. Die Stellungnahme des Regierungsrates zur Leistungsmotion bildet eine umfassende Zusammenfassung und Übersicht über alle möglichen Leistungen, welche im Bereich Mobbing genutzt werden können. Vielen Dank dafür. Der SVP-Fraktion ist bewusst, dass Gemobbte, egal welchen Alters, erheblich darunter leiden, und sie nicht allein gelassen

werden dürfen. Wir anerkennen, dass Mobbing ein schlimmer, aber Gottseidank auch ein sehr kleiner Teil der Probleme ist, die wir an Thurgauer Schulen haben. Es wird zwar keine Statistik darüber geführt, doch hat man durch die systematische und flächendeckende Befragung durch die Schulevaluation entsprechende Rückmeldungen. Peter Welti Cavegn, ein Fachexperte der Perspektive Thurgau, hat in einem Interview im Dezember 2019, zu lesen in der "Thurgauer Zeitung", bestätigt, dass keine genauen Zahlen dazu vorliegen. Er vermutet aber, dass es eine hohe Dunkelziffer gebe und dies, weil Mobbing ein Tabuthema sei. Ist Mobbing ein Tabuthema? Als Primarlehrerin erlebe ich eher das Gegenteil oder zwei Probleme: 1. Mobbing ist in aller Munde, aber nicht, weil tatsächlich viel gemobbt wird, sondern, weil der Begriff sehr populär ist und inflationär genutzt wird. Dies hat mir auch ein Schulsozialarbeiter bestätigt. Es wird in Schulen gestritten, geärgert und geplatzt und in der Regel ist es kein Mobbing. Dies bestätigt auch die Stellungnahme des Regierungsrates. Es handelt sich um Streit; Streit, der für die Entwicklung zu einer starken Persönlichkeit und für das gesellschaftlich funktionierende Zusammenleben eines Kindes wichtig ist. 2. Mobbing wird zu spät erkannt, von den Betroffenen selbst, aber auch von allen Bezugspersonen, weil sich Mobbing nicht so offensichtlich darlegt wie Streit. Und wenn es Mobbing ist, dann erfahren die Fachstellen erst dann etwas davon, wenn das Kind und die Eltern schon länger darunter leiden und erfasst haben, dass sie Hilfe brauchen. Nun habe ich mich gefragt, ob es mit Hilfe dieser Leistungsmotion möglich ist, dass Mobbing verhindert oder minimiert werden kann. Ich muss diese Frage leider mit Nein beantworten. Für Personen, die nicht im Schuldienst tätig sind, mögen die geforderten Massnahmen der Motionäre toll klingen, doch als Primarlehrerin muss ich sagen, dass mit diesen das Hauptproblem der Kinder nicht gelöst ist. Gemobbte Kinder befinden sich oft in einer verzwickten Situation und haben Mühe, sich Eltern oder Lehrpersonen anzuvertrauen. Auch wenn die Prävention und die Sensibilisierung für Eltern, Schulleiter, Lehrpersonen und Kinder verstärkt werden, müssen wir uns bewusst sein, dass Mobbing trotzdem passieren wird. Es kommt tatsächlich darauf an, was wir Kindern in einer solchen Situation anbieten. Ich habe in zwei verschiedenen Schulgemeinden hervorragende Erfahrungen mit der Schulsozialarbeit gemacht. Sicherheitshalber habe ich nochmals im Lehrerzimmer nachgefragt, was die Lehrpersonen als am zielführendsten empfinden: Auch da hiess es, die Schulsozialarbeit sei die Stelle, welche jedes Kind auf direkte Art und Weise erreichen könne. Sie befindet sich in der Regel im Schulhaus oder zumindest einmal wöchentlich auf dem Pausenplatz. Sie knüpft die Kontakte mit den Schülerinnen und Schülern ausserhalb des Schulzimmers. Sie hat eine andere Rolle als die Lehrperson und bildet die Brücken zwischen Eltern und Schülern bis hin zur Klassenlehrperson. Sie kann auch in der Prävention eingesetzt werden, und weil sie auch die soziale Zusammensetzung der Quartiere kennt, kann sie vieles erkennen, bevor es eskaliert. Durch die Präsenz im Schulhaus ist die Schulsozialarbeiterin oder der Schulsozialarbeiter für alle Schulkinder auf niederschwellige Art und Weise erreichbar. Selbst die Kleinsten haben so die Gelegenheit, sich einer aussenstehenden

Person anzuvertrauen, von der sie wissen, dass Probleme ihr Job sind. Die Schulsozialarbeit ist so nahe am Geschehen, dass sie es am ehesten schafft, eine Mobbingssituation aufzubrechen, weil sie die einzige Institution ist, welche auch der schweigenden Mehrheit, den Mittätern, im Schulhaus begegnet und diese in professioneller Weise in das Auflösen der Mobbingssituation einbinden kann. Diesen Vorteil hat keine andere Institution. Noch ein aktuelles Beispiel: Der Schulsozialarbeiter war die einzige Person, welche mich als Lehrperson während des Lockdowns der Schule persönlich per Mail und per Telefon kontaktiert hat, um sich nach meinem Befinden und dem Befinden meiner Schülerinnen und Schüler und deren Eltern zu erkundigen, um allfällige, sich anbahnende Krisen frühzeitig aufzufangen. Dieses einfache und effiziente Vorgehen auch während einer aussergewöhnlichen Phase kann keine von den Motionären geforderten Massnahmen bieten. Nun hat mich in der Stellungnahme des Regierungsrates aufgeschreckt, dass nur 38 von 87 Schulgemeinden die Schulsozialarbeit anbieten. Hier sehe ich am meisten Entwicklungspotential, um dem Ziel näher zu kommen, Mobbing möglichst im Keim zu ersticken und den Kindern eine konkrete und professionelle Hilfe zu bieten. Die Hauptursache von Mobbing ist nicht, dass weggeschaut wird, sondern dass es lange geht, bis es als solches erkannt wird. Deswegen muss die Hilfe früher einsetzen. Doch wenn ich nun die Massnahmen der Motionäre anschau, dann befürchte ich, dass sie wohl gut gemeint sind, aber am Ziel vorbeischiessen, da die Kinder nicht direkt davon profitieren. Die Motionäre möchten zum Beispiel, dass Mobbing ein Bestandteil der Weiterbildung von Lehrpersonen ist und dass das Thema einen übergeordneten Stellenwert erhält. Nicht das Mobbing soll als Thema einen übergeordneten Stellenwert erhalten, sondern – wie es auch jetzt bereits in der Weiterbildung der Lehrpersonen der Fall ist – der Aufbau einer guten Klassenatmosphäre, der Umgang mit Gefühlen und Frust, der Aufbau von Resilienz, der Umgang mit sensiblen Daten in Chats und im Internet usw. Und so heissen auch aktuelle Kurse und Inhalte, welche auf den ersten Blick nichts mit Mobbing zu tun haben, aber genau dazu da sind, präventiv zu wirken. Wenn mir nun nach der Debatte jemand sagt, ich sei halt eine Lehrerin, der diese Dinge wichtig sind, dann entgegne ich, ja, genauso wie den anderen 98 Prozent der Lehrpersonen und Schulleitungen im Kanton Thurgau ebenfalls. Doch es braucht keine Leistungsmotion, um die zwei Prozent schwarze Schafe in den Griff zu kriegen; dazu ist die Schulaufsicht da, welche ihre Kontroll- und Qualitätssteuerungsfunktion wahrnehmen muss und bei den Schulen korrigierend eingreift, wenn in Sachen Mobbing Nachhilfebedarf besteht. Die SVP-Fraktion empfiehlt dem Rat deswegen einstimmig, die vorliegende Leistungsmotion als nicht erheblich zu erklären.

Zürcher, CVP/EVP: Es ist leider so, dass Mobbing, insbesondere Cyber-Mobbing, zunehmend Probleme an unseren Schulen verursacht. So verwerflich Mobbing ist, kann doch festgestellt werden: Ein Flächenbrand an Thurgauer Schulen ist es sicher nicht. Das wird auch durch die von den Motionären gelieferte Datenbasis belegt: Sofern die

genannten fünf Prozent gemobbte Schüler, welche die von ihnen zitierte EU Kids Online-Studie beziffert, zutreffen, würde in einer Klasse von 20 Schülern nur gerade einer gemobbt. Das ist zwar einer zu viel, aber kein Grund gleich den Notstand auszurufen und in Alarmismus zu verfallen. Selbstverständlich sind diese Belästigungen ohne wenn und aber zu bekämpfen und genau das wird an den meisten Schulen auch bereits gemacht. In seiner Antwort zählt der Regierungsrat die ganze Palette der bereits bestehenden Organe auf, die sich mit der Prävention oder der Bekämpfung von Mobbing befassen. Genannt werden auf kantonaler Ebene Lehrplan, Schulberatung, Kriseninterventionsteam, Kantonspolizei, PHTG, Perspektive, Pro Juventute und Opferhilfe. Auf Ebene der Schulgemeinden kommen die Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Schulleiter dazu. Insgesamt also bereits eine wahre Präventions- und Bekämpfungskaskade, die aber den Motionären offenbar nicht genügt. Sie fordern unter anderem eine Anlaufstelle für Eltern und Opfer, falls Lehrkräfte und Schulleitung nicht handeln. Die geforderte Nulltoleranz werden sie jedoch mit denen von ihnen vorgeschlagenen Massnahmen auch nicht erreichen und zwar aus folgenden Gründen: Mobbing, insbesondere Cyber-Mobbing, spielt sich in der Regel ausserhalb der Schule und in einem höchst privaten Bereich ab. Alles, was dort abläuft, fällt nicht in die Zuständigkeit der Schule. Wenn Lehrkräfte feststellen, dass einzelne Schüler geplatzt werden, greifen sie zwar schlichtend ein; für weitergehende Massnahmen hat die Schule aber weder die Mittel, noch das Recht. Lehrer können nicht die Herausgabe von Schülerhandys verlangen und schon gar nicht deren Inhalt prüfen, obwohl wir uns hin und wieder sogar dazu gezwungen sehen. Welche Massnahmen sind denn zielführend, solange noch nicht einmal definiert ist, was Mobbing überhaupt sei? Deshalb ist nun nicht die Schule gefragt, sondern die Justiz. Sie verfügt über die erforderlichen Mittel der Strafverfolgung, und ich bin ziemlich sicher, dass das Strafgesetz schon bald einmal um den Strafbestand Cyber-Mobbing ergänzt wird. Nachdem die Erweiterung der Rassismus-Strafnorm bei der letzten Abstimmung deutlich angenommen wurde, ist absehbar, dass wir schon bald einmal über einen Mobbing-Artikel abstimmen werden, der ebenfalls ohne Probleme angenommen werden dürfte. Zwar wird das Mobbing auch dann nicht vollständig aufhören, aber von einem Artikel im Strafgesetz versprechen wir uns mindestens eine gewisse abschreckende Wirkung. Aus den genannten Gründen empfiehlt die CVP-EVP-Fraktion einstimmig, die Leistungsmotion als nicht erheblich zu erklären. Gegen die Intensivierung der bestehenden Massnahmen, wie sie der Regierungsrat vorschlägt, vor allem innerhalb der Lehrerbildung, ist hingegen nichts einzuwenden. Im Gegenteil; angesichts der wachsenden Problematik wäre dies sehr zu begrüßen.

Dätwyler Weber, SP: Schön, dass wir uns in einem Punkt einig sind: Hier ist ein wichtiges Thema aufgegriffen worden, das den nötigen Respekt und Aufmerksamkeit verdient. Noch nie hat ein Vorstoss, an welchem ich beteiligt war, ein solches Echo bei Fachverbänden und Fachstellen ausgelöst. Hier scheint ein Nerv getroffen worden zu sein.

Schön, dass schon so viel getan wird und die Regierung immerhin eine Optimierung der bestehenden Massnahmen prüfen könnte. Eben "könnte" und nicht "müsste": Das ist uns zu wenig verbindlich und darum auch unser "aber". Wenig Begeisterung kommt bei uns auf, denn wir haben zwar viele Akteure, Massnahmen, Fachstellen und Beratungsangebote wie die Dargebotene Hand, Prävida, Perspektive Thurgau, Schulsozialarbeit, Elternbildung wie TAGEO, Elternnotruf und unzählige weitere, welche sich dem Thema annehmen, kaum bekannt sind, wohlverstanden kantonal aber fleissig subventioniert werden. Werden wichtige Aufgaben wie das präventive Wirken an Schulen und bei Jugendlichen nur ansatzweise als kantonale Aufgabe angesehen? Die Regierung überlässt es lieber jeder einzelnen Schulgemeinde, und dort sind die Massnahmen je nach Budget möglich oder weniger möglich. Zusammenfassend gesagt: Viel Geld verteilt, aber wenig Wirkung. So nicht, meine Damen und Herren im Regierungsrat. Sind dem Regierungsrat die Schulen und die Schulgemeinden und damit auch die Jugendlichen so wenig wichtig, dass ein so essenzielles und immer aktuelleres Thema, einfach vom Amt für Volksschule abgewiesen wird und an die Polizei abgeschoben wird? Gut haben wir dieser an der letzten Sitzung eine Aufstockung genehmigt. Wir haben immer noch einen staatlichen Auftrag, sei es nur mit dem Lehrplan 21 oder mit der Prävention für physische und psychische Gesundheit aller Bevölkerungsgruppen. Insbesondere Jugendliche in einem vulnerablen Alter sind umfassend und gezielt zu informieren und in ihrem Handeln zu lenken. Es gibt Grenzen und diese sind nicht zu überschreiten. Heute wird in vielen Schulgemeinden vorbildlich mit dem Thema Mobbing umgegangen, jedoch ist es immer noch nicht gelungen, flächendeckend eine Schulsozialarbeit einzuführen und die präventiven Massnahmen restlos überall zu verankern und Informationslücken bei Lehrern, Lehrerinnen, Eltern und Kinder zu schliessen. Das ist eine Staatsaufgabe, denn wir sprechen hier von Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler, aber auch von Förderung und Stärkung der sozialen Kompetenz. Jegliche Unterstützung muss niederschwellig, neutral und ortsnahe sein. Ob dies aus Sicht der Schule und den Jugendlichen bei der Polizei wirklich gegeben ist, ist fraglich. Die Angebote sind einfach zu wenig bekannt bei Eltern, Lehrern und Jugendlichen. Eine Investition in die Zukunft unserer Kinder, welche gemäss PISA-Studie 2018 am häufigsten aller beteiligten Länder Mobbing-Erfahrungen machen, wäre eine gezielte und gemeinsame Strategie für Gewaltprävention. Wir sehen dies als eine Aufgabe des Amtes für Volksschule; dort zielt unsere Leistungsmotion hin. Denken Sie auch an ihre Kinder und Enkelkinder. Ich bitte Sie deshalb, auch im Namen der einstimmigen Fraktion SP-Gewerkschaften, um Unterstützung bei der Erheblicherklärung.

Rüedi, FDP: Für die Mehrheit der FDP-Fraktion äussere ich mich etwas vorsichtig zu diesem Thema, da wir eine Mitmotionärin in unseren Reihen haben. Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die ausführliche und qualitative hochstehende Beantwortung der Motion. Die Antwort ist sehr differenziert ausgefallen und beleuchtet alle Aspek-

te dieses Themas. Es wird eine sehr gute Auslegeordnung vorgenommen. Die Thematik ist sehr vielschichtig. Es gibt viele Akteure in diesem Bereich und es gibt auch keine einfachen Antworten. Mobbing darf auf gar keinen Fall akzeptiert werden; da sind wir uns einig, und wir nehmen das Thema auch sehr ernst. Unsere Fraktion glaubt aber nicht, dass das Thema Mobbing bei einer Fachstelle im Amt für Volksschule gut aufgehoben ist. Mobbing muss dort bekämpft werden, wo es stattfindet und damit sehr dezentral in der kleinsten Einheit, das heisst in der Gruppe, in der Klasse oder an der Schule. In den Unterrichtsplänen der Schule ist das Mobbing offenbar bereits berücksichtigt, und es ist Aufgabe der PHTG das Thema in der Ausbildung und in der Weiterbildung unserer Lehrpersonen zu integrieren. Selbstverständlich besteht die Hoffnung, dass ein solches Weiterbildungsangebot von den Lehrpersonen auch genutzt wird. Unseres Erachtens ist das Thema politisch am besten in der Subkommission DEK der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission aufgehoben. Sinnvoll wäre es, den Kampf gegen das Mobbing an den Schulen dem Amt für Volksschule mehrere Jahre hintereinander als Ziel vorzugeben und dem Amt damit eine Koordinationsfunktion für die verschiedenen Massnahmen im Kampf gegen das Mobbing zuzuschreiben. Was das Amt für Volksschule unternimmt, um dieses Ziel zu erreichen, kann die Subkommission so über mehrere Jahre mit verfolgen und überprüfen. Wenn die Subkommission dann den Eindruck hat, dem Amt für Volksschule würden die personellen Ressourcen für den Kampf gegen das Mobbing fehlen, können immer noch die richtigen und nötigen Schlüsse daraus gezogen werden. Vorschreiben sollte das der Grosse Rat durch die Annahme der Motion unseres Erachtens allerdings nicht. Es handelt sich hier um eine operative Frage; diese operative Frage ist beim Regierungsrat besser angesiedelt als beim Grossen Rat. Die FDP-Fraktion ist somit mehrheitlich dagegen, die Leistungsmotion erheblich zu erklären.

Bruggmann, SP: Besten Dank für die Stellungnahme des Regierungsrates. Inhaltlich bin ich doch über einige Aussagen erstaunt. Es wird das gehäufte Auftreten von Mobbing an Thurgauer Schule in Frage gestellt. Ja, die Definition ist schwierig und die möglichen Indizien wie Schulverweigerung eines Kindes können auch andere Ursache haben. Aber wir wissen, Mobbing findet im Verborgenen statt, und es ist nicht einfach, sich das selber einzugestehen, geschweige denn, von Lehrpersonen wahrgenommen zu werden. Kinder, die beim Mobbing mitmachen, erzählen oft sehr lange nichts davon und auch das Opfer schweigt. Wenn Eltern und Lehrer vom Mobbing erfahren, ist die Situation meist schon lange festgefahren. Studien zeigen zudem, dass in vier von fünf Mobbingfällen die Lehrpersonen nichts davon mitbekommen haben. Das liegt auch daran, dass Mobbingssituationen, wenn man sie einzeln betrachtet, oft gar nicht als so schlimm wahrgenommen werden. Mobbende sind sehr geübt darin, ihr Umfeld zu manipulieren. Oft können sie sich gut ausdrücken und haben ein sicheres Auftreten. Nicht selten gelingt es ihnen, sich selbst als Opfer darzustellen und das tatsächliche Opfer zum Täter zu stempeln. Der Regierungsrat hält fest, dass viele Massnahmen bereits bestünden und die Schulsozial-

arbeiter einen lokalen Akteur bildeten. Lobend wird erwähnt, dass 2019 38 von insgesamt 87 Schulgemeinden über ein Angebot im Bereich Schulsozialarbeit verfügen würden. 38 von insgesamt 87. Auch wenn drei Viertel der Schüler und Schülerinnen damit Zugang zur Schulsozialarbeit haben: Ein Viertel hat den Zugang nicht. Hier haben wir Aufholbedarf. Ebenso liegt es im Ermessen der Lehrpersonen, wie umfangreich und vertieft im Sinne der Prävention auf Mobbing eingegangen wird. Auch die Schulbehörde könne in Mobbing-situationen beraten und vermitteln. Im Alltag sieht es aber so aus, dass die Schulbehörde aus Laienpersonen zusammengesetzt und sicherlich kein Fachgremium ist. Zusammengefasst heisst das doch: Wenn ich Glück habe, besucht mein Kind eine Schule, in der Mobbing tatsächlich ein Thema ist, dieses wahrgenommen und gehandelt wird. Habe ich weniger Glück, kann es ein schwieriger Weg mit Langzeitfolgen werden. Es braucht eine gemeinsame Strategie, um dem Phänomen Mobbing zu begegnen. So bitte ich den Grossen Rat im Namen der betroffenen Kinder und der einstimmigen SP-Fraktion die Leistungsmotion erheblich zu erklären.

Hartmann, GP: Rund zehn Prozent der Kinder werden im Lauf der Schulzeit Opfer von Mobbing. In der Folge leiden manche Mobbingopfer jahrelang darunter, doch auch Mobber kommen oft nicht unbeschadet davon. Studien zeigen, dass sie ein grösseres Risiko haben, auf die schiefe Bahn zu geraten, etwa in dem sie kriminell werden oder Drogen konsumieren. Mobbende Mädchen laufen Gefahr eine Beziehung einzugehen, in der sie Gewalt erfahren. Es ist deshalb für Opfer wie für Täter wichtig, dass Mobbing früh gestoppt wird. Aufhorchen lässt mich in der Antwort des Regierungsrates auf Seite 2 folgende Aussage: "(...) das gehäufte Auftreten von Mobbing ist mit Bezug auf die Thurgauer Volksschule fraglich." Weshalb nicht an Thurgauer Schulen? Eventuell, weil nicht alle Schulgemeinden mit einer Schulsozialarbeit bestückt sind und wir deshalb davon keine Kenntnis haben? Weiter heisst es: "Vorab ist auf die schwierige Definition von Mobbing hinzuweisen." Die Definition von "Mobbing" ist hinlänglich bekannt und in verschiedenen Studien belegt. Mobbing ist nicht Streit. Ich will nicht wiederholen, was von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen und insbesondere von den Motionärinnen gesagt wurde. Die dargelegten Facts der Leistungsmotionärinnen müssen uns die Augen öffnen, dass eben nicht genügend getan wird, um alle Beteiligten zu schützen, zu schulen und zu begleiten. Einerseits wird von der Regierung suggeriert, Mobbing sei an Thurgauer Schulen praktisch nicht vorhanden, andererseits gesteht man doch ein, dass es ein gewisses Optimierungspotenzial gibt. Ich sage Ja zur Leistungsmotion. Damit werden die Lehrerinnen eine erhöhte Sensibilisierung erfahren, damit wird eine Unterrichtseinheit zum Thema Mobbing eingeführt, damit werden Ressourcen zur professionellen Unterstützung der Schulsozialhilfe bereitgestellt, damit wird eine Ansprechstelle für Eltern und Opfer eingerichtet, falls Lehrer und Schulleiter nicht handeln und damit wird das Thema Mobbing als Bestandteil der Weiterbildung der Lehrpersonen aufgenommen. Wir tun dies für die auf beiden Seiten betroffenen Kinder und Angehörigen.

Wirth, SVP: Wie von vielen Vorrednern bereits erwähnt, sind leider das Erkennen von, der Umgang mit und das Herbeiführen von Lösungen in Bezug auf Mobbing nicht ganz einfach, und keine Schule ist davor gefeit, egal, was wir heute hier beschliessen. Letztendlich hängt es von der "Gretchenfrage" ab: Wird Mobbing erkannt und handeln die verantwortlichen Personen? Ist dies nicht der Fall, tragen noch so viele zusätzliche, gut gemeinte Angebote nicht zur Problemlösung bei, auch in Zukunft nicht. Handeln die verantwortlichen Personen, können sie schon heute auf eine grosse Anzahl von Unterstützungsmöglichkeiten zurückgreifen. Der Vergleich mit der Umsetzung eines Gesetzes liegt nahe: Ein Gesetz ist nur wirkungsvoll, wenn es um- und durchgesetzt wird. Leider ist oft das folgende Muster erkennbar: Handeln die verantwortlichen Personen zu lasch, werden rasch Rufe nach einer Gesetzesanpassung oder nach zusätzlichem Personal laut. "Des Pudels Kern" liegt andernorts: bei der Nichtdurchsetzung. Die von den Motionären vorgeschlagenen Massnahmen zielen vor mir aus gesehen nicht grundsätzlich ins Leere, aber es gibt sie bereits. Weitere Massnahmen auszuarbeiten und einzuführen ist nicht notwendig; für die Thurgauer Schulen stehen schon heute genügend Angebote bereit. Sie müssen nur genutzt werden. Ich gebe den Motionären aber insofern recht, dass man die Vielfalt an guten Angeboten im Kanton Thurgau wie zum Beispiel Perspektive, Schulsozialarbeit, Jugend- und Familienberatung, Schulberatung, PräviTa und wie sie alle heissen, besser koordinieren könnte und unter Umständen zusammenfassen sollte. Hierfür braucht es aber keine Leistungsmotion, sondern Engagement und den Willen des Regierungsrates. Noch wesentlicher erscheint mir, im Kleinen, dass die Schulverantwortlichen und auch die Eltern ermuntert werden, genau hinzusehen, und diese den Mut aufbringen, auch zu handeln. Die Leistungsmotion kann dazu keine Lösungsansätze bieten. Ich bin daher gegen Erheblicherklärung.

Schenk, EDU: Etwas aus eigener Erfahrung, aus meinem Leben: Ich bin fest davon überzeugt, dass Mobbing nicht sein darf und hinter fast allem, was hier nun gesagt wurde, kann ich auch stehen, aber Mobbing ist allgegenwärtig, Mobbing ist überall, Mobbing findet auch hier, in diesem Saal statt. Man kann es wahrhaben wollen oder nicht, aber es ist so: Das ist die Wahrheit. Mobbing fängt im Herzen an; bei jedem einzelnen und man kann es nicht an den Staat delegieren oder den Schulen und Lehrern aufbürden, dass sie sich darum kümmern sollen: Das müssen wir selber an die Hand nehmen, indem wir unseren Kindern Werte vermitteln. Es fängt im Herzen an. Ich habe zwei Adoptivtöchter. Sie sind wunderschön braun, wachsen heran zu bildhübschen Äthiopierinnen, die aber mehr Schweizerinnen sind als manches Bleichgesicht, und sie erleben Mobbing. Jetzt kann ich ihnen als Vater oder als Mutter sagen, dass sie Arme sind und dass es nicht in Ordnung sei, was ihnen widerfährt. Oder ich kann sie stärken, und ich kann ihnen sagen, dass sie es nicht zulassen sollen, dass das, was ihnen widerfahren ist, auch anderen Kindern widerfahre; dass sie die anderen so behandeln sollen, wie sie selbst behandelt werden möchten. Wenn unsere Gesellschaft nicht in der Lage ist, Werte wieder zu er-

kennen und diese leben zu wollen, dann können wir hier noch lange über Mobbing diskutieren: Wir werden nicht zum Ziel kommen. Werte sind gefragt, und darum bin ich der Meinung, dass wir hier vielleicht besser darüber diskutieren sollten, ob wir nicht die Familie, die in den letzten zwei, drei Dekaden systematisch geschwächt wurde, wieder stärken und diese Werte wieder möglich sein lassen wollen.

Zecchinell, FDP: Bei diesem Thema gehen die Schleusen auf. Selten habe ich so viele Rückmeldungen erhalten, von Fachleuten, von Beobachterinnen und Beobachtern; Menschen, die der Thematik nahe sind und von Betroffenen. Mobbing macht die Menschen kaputt. Mobbing schleicht sich durch die reale und durch die Cyberwelt. Es bedeutet einen starken Leidensdruck für die Betroffenen und für deren Umfeld, Leidensdruck für die Mitwisser und später auch für die Täter. Mobbing ist Gift für unsere Gesellschaft. Eine Kultur des friedlichen Miteinanders ist für das Zusammenleben und den Gemeinsinn zentral. Mobbing darf keinen Platz haben. Bei Mobbing gilt es, präventiv alle Massnahmen einzusetzen, damit dieses Gift nicht wirken kann. Die Regierung nimmt das Thema ernst. Das zeigt die Beantwortung. Die ausführliche Antwort zeigt Massnahmen in der Prävention und im Kampf gegen Mobbing auf und nennt die Fachstellen. Und die Antwort zeigt auch, dass eigentlich vieles da ist: das Fachwissen und die Fachstellen. Das ist gut und weniger gut zugleich. Die Recherche zeigt, dass die Vielfalt da ist, die Angebote vorhanden sind und die Akteure gute, seriöse Arbeit leisten. Trotzdem wissen nicht alle Akteure von einander. Warum sind sie nicht besser vernetzt? Warum sind die Angebote draussen, bei den betroffenen Menschen, dort, wo es passiert, so wenig sichtbar? Hier muss die Koordination tiefer greifen. Ich bin einverstanden mit dem pragmatischen Vorgehen der Regierung, mit den genannten Massnahmen und Vorschlägen. Doch die Umsetzung muss konkret sein; das fordern wir. Die Koordination der Fachstellen und Fachpersonen ist absolut zentral, die Angebote müssen zwingend sichtbar sein. Die Ausgaben durch die bereits bestehenden Leistungsaufträge sollen dadurch zielgerichteter eingesetzt werden. Es fehlt ein Auftrag für die Mobbingprävention. Die Leistungsmotion erteilt dafür den politischen Auftrag, einen Auftrag, der bereits Bestehendes bündelt. Dafür setze ich mich ein.

Regierungsrätin **Knill**: Nach all diesen Voten sind wir uns einig: Mobbing darf nicht toleriert werden. Mobbing wird auch heute an Thurgauer Schulen nicht toleriert. Verschiedenen Votantinnen und Votanten haben in ihren Voten auf die PISA-Erhebung 2018 verwiesen. Diese zeigt einen Anstieg, aber die Interpretation dieser Daten ist schwierig. Die sechs gestellten Fragen, welche die Kinder während dem PISA-Test zu beantworten hatten, lauten beispielsweise: "Andere Schülerinnen und Schüler haben sich über mich lustig gemacht." 2015 waren es elf Prozent, 2018 13 Prozent, die das bejahten. Oder: "Andere Schülerinnen und Schüler haben mich absichtlich ausgeschlossen." 2015 fünf Prozent ja, 2018 acht Prozent. So geht es weiter. Es gibt auch die Frage: "Ich wurde von

anderen Schülerinnen oder Schülern geschlagen oder herumgeschubst." 2015 bejahten dies drei Prozent, 2018 sieben Prozent. So stellen sich die sechs Fragestellungen zusammen, die dann summarisch zu einem Anstieg geführt haben. Das wollen auch wir nicht wegdiskutieren oder davor die Augen verschliessen. Die Vielfalt der verschiedenen Massnahmen und Akteure zeugt ja davon, dass es sich um ein sehr ernstzunehmendes und wichtiges Thema handelt. Wir sind gewillt und zeigen in der Beantwortung unter dem Titel Intensivierung der Massnahmen auf, dass wir die Bekanntmachung der eigenen Angebote verstärken müssen, dass die Informationen über gute Erfahrungen besser aufbereitet werden müssen, dass es die Vernetzung der verschiedenen Akteure braucht, dass im Bereich der Prävention, und hierzu gehört auch das Angebot der Polizei, ein flächendeckendes Angebot bereitgestellt werden kann. All diese Massnahmen müssen weiterhin in einem engmaschigen Netz, Hand in Hand, greifbar bleiben. Und gerade weil das Thema Mobbing so vielschichtig ist, und es sich immer um Einzelfälle handelt, braucht es verschiedene Zugänge zu diesen Fachstellen und Fachpersonen. Eine neue zentrale Anlaufstelle verhindert keine neuen Fälle. Ich glaube mit den geschilderten Massnahmen zur Verstärkung, ohne Erheblicherklärung dieser Leistungsmotion, zeigen wir auf, wo wir selber Handlungsbedarf sehen. Es ist entscheidend, wann wo Mobbing erkannt wird; diese Aussage von Andy Wirth kann ich nur unterstreichen, weil sich die Fälle tatsächlich unterschiedlich gestalten. Das schulische Kriseninterventionsteam, das in der Pyramide dann wahrscheinlich ziemlich die Spitze darstellt, nämlich wenn es zu direkten Interventionen kommt, hat von allen Fällen, die sie 2019 bearbeitet haben, sechs, die statistisch in den Bereich Mobbing fallen. Auch hier ist kein Anstieg zu erkennen, aber es ist eben so, dass Mobbing lange nicht erkannt und niederschwellig bearbeitet und aufgegriffen werden muss. Die Ausbildung der Lehrpersonen an der PHTG ist auf einem guten Niveau, und auch die Wichtigkeit rund um den Themenbereich Mobbing erachte ich mit der Einführung des neuen Lehrplans Volksschule Thurgau als breit erkannt. Wir haben heute im Thurgauer Lehrplan, und dieser ist erst seit knapp drei Jahren in Kraft, verbindliche Elemente, die dieses Themenfeld aufgreifen. Verbindlich heisst, dass alle Lehrpersonen diesen Bereich in ihren Unterricht einbauen müssen und hoffentlich nicht nur in einer Unterrichtslektion. Ich kann daher den Voten wenig abgewinnen, wenn es heisst, dass Amt für Volksschule hätte seine Verantwortung an die Kantonspolizei abgeschoben. Dem ist ganz sicher nicht so. Ebenso die Entwicklung der Einführung der Schulsozialarbeit: In den Regierungsrichtlinien 2016 bis 2020 haben wir hier einen Schwerpunkt gesetzt. Zusammen mit den Schulgemeinden haben wir eine Handreichung, eine Empfehlung zur weiteren Verstärkung der Arbeitsfelder der Schulsozialarbeit erlassen. Diese Handreichung kann man sich anschauen. Es ist ein stetiger Aufbau dieser Schulsozialarbeit. Als ich angefangen habe, vor zwölf Jahren, war es in ganz wenigen Schulgemeinden überhaupt der Fall: Jetzt immerhin haben drei Viertel aller Schülerinnen und Schüler Zugang zu Schulsozialarbeit. Ja, dieser Weg ist noch nicht beendet. Ich gehe davon aus, dass mit der zunehmenden Komplexität der gesellschaftlichen

Themen, die auf die Schule zurückfallen, sich das sicher weitere Schulen gut überlegen werden, weil es sich lohnt, in diesem Bereich einen Schritt zu machen. Ich bitte Sie daher, meine Damen und Herren, diese Leistungsmotion nicht erheblich zu erklären. Wir werden die Themenfelder aufgreifen, und ich bin natürlich gerne bereit, dann gegenüber der Subkommission oder auch im Geschäftsbericht zu Händen des Grossen Rates immer wieder die Bemühungen und Aktivitäten aufzuzeigen.

Rüegg, GP: Ich habe jetzt zugehört und das Letzte hat mir gereicht. Das, was ich gehört habe, was angeblich unter Mobbing läuft, hat mit Mobbing nichts zu tun. Ich bin 1953 in Kreuzlingen in die Primarschule eingetreten. Solange ich in die Schule ging, bis und mit Sekundarschule, wurde ich immer wieder gemobbt. Ich wusste es nur nicht. Das war kein Streit; das war Quälerei, das war Mobbing, das war eine Zusammenrottung der Rädelsführer gegen die Schwächsten oder gegen jene, die etwas auffallen. Ich falle in der Zwischenzeit auch etwas auf, kann aber versichern, dass ich, seit ich 16 bin, nie mehr gemobbt wurde: weder in der Lehre, noch im Militär, noch im Beruf und geschweige denn in der Politik. Es gibt Leute, die fühlen sich von mir gemobbt, weil sie nicht verstehen, was Mobbing ist. Das ganze Gerede heute ist nur heisse Luft in diesen Saal gesprochen, wenn Sie diese Leistungsmotion nicht annehmen. Ich nehme Sie nicht ernst, weil Sie es nicht verstanden haben. So viele wie möglich sollten zustimmen, damit, wenn es keine Mehrheit gibt, wenigstens die Presse merkt, dass hier etwas gehen muss.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Leistungsmotion wird mit 72:27 Stimmen nicht erheblich erklärt.